

Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Eschweiler

Fraktionssprecher Franz-Dieter Pieta

Rede zum Haushalt 2013 in der Stadtratssitzung am 19.12.2012

--- Es gilt das gesprochene Wort ---

Ein grüner Haushalt sähe anders aus.

Es wurde in den vergangenen Jahren von der Verwaltung nicht wirklich an einer nachhaltigen Entwicklung für Eschweiler gearbeitet. Der vorliegende Haushalt repräsentiert auch falsche Entscheidungen, die in der Vergangenheit getroffen wurden.

Es fehlt eine öffentliche Diskussion über konkrete Entwicklungsziele für Eschweiler im Ganzen. Die Verwaltung mit einem direkt gewählten Bürgermeister als Chef hat daran kein Interesse, die Mehrheitsfraktion auch nicht, da sie dadurch bei ihren Entscheidungen gebunden wäre.

Der demografische Wandel wird zu weniger Kindern und mehr älteren Menschen führen. Besonders für diese Bevölkerungsgruppe muss es in der Innenstadt bezahlbaren Wohnraum geben. Der ÖPNV-Ausbau ist auch darauf auszurichten. Dazu kommt noch, dass bis 2030 die Anzahl der Einwohner in Eschweiler deutlich sinken wird. Das muss bei der Planung von Baugebieten berücksichtigt werden. Hier gibt es von der Verwaltung und von der Mehrheitsfraktion keine erkennbaren sinnvollen Ansätze.

Ebenfalls fehlt ein Plan zum Ausbau oder zur Instandsetzung von Schulgebäuden, der den demografischen Wandel berücksichtigt.

Mittel für Sportplätze: Auch hier sollte eine Masterplan entwickelt werden, so wie es Politiker im Sportausschuss vorgeschlagen haben. Nur so ist eine politische Diskussion möglich.

Die Attraktivierung der Stadt durch mehr Aufenthaltsqualität darf sich nicht nur in Straßenbaumaßnahmen erschöpfen. Die Aufenthaltsqualität der Innenstadt muss verbessert werden, die Entwicklung des Lebens auf dem Marktplatz sollte behutsam unterstützt und nicht durch Baumaßnahmen abgewürgt werden.

Der Park-Such-Verkehr in der Innenstadt muss reduziert werden. Hier fehlt es der Verwaltung an Mut zum Umdenken. In einem grünen Parkkonzept würde es höhere Gebühren für das Parken am Straßenrand geben, hingegen niedrige Gebühren in Parkhäusern und auf Parkplätzen, bei denen erst bei der Ausfahrt bezahlt wird. Denn statt suchend in der Stadt herumzukurven, könnten Autofahrer solche Parkmöglichkeiten direkt und gezielt ansteuern und dann entspannt durch die Stadt bummeln, ohne ständig auf die Uhr sehen zu müssen.

Immer noch nicht wird realisiert, dass das Weisweiler Kraftwerk von RWE Power in nicht all zu langer Zeit zugemacht wird. Das wird nicht schlagartig 2030 passieren, sondern nach und nach durch das Abschalten einzelner Blöcke. Eschweiler muss sich auf die Zeit nach der Braunkohle vorbereiten – auch durch mehr Personal in der städtischen Wirtschaftsförderung. Die aktuellen 1,9 Arbeitsposten reichen nicht aus. Hier muss auch überregional gedacht werden.

Eine Stadt wird auch durch kulturelle Angebote attraktiv, lebens- und liebenswert, dazu zählt auch eine gut ausgestattete Stadtbücherei. Wir Grüne fordern in Übereinstimmung mit vielen Experten, dass pro Einwohner und Jahr 1 Euro für die Anschaffung neuer Medien bereitgestellt werden soll, für Eschweiler wären das also rund 55.000 Euro im Jahr. Die Ratsmehrheit begnügt sich mit 42.000 Euro und nimmt damit in Kauf, dass der Medienbestand in der Stadtbücherei nach und nach veraltet und dass die Bücherei unattraktiv wird.

Der Skaterplatz an der Indestraße ist für viele Jugendliche ein sehr beliebter Treffpunkt. Die Anlage muss allerdings dringend saniert werden. Unseren Antrag, die erforderlichen Mittel im Haushalt 2013 bereitzustellen, hat die Mehrheit mit dem Hinweis abgelehnt, es stünden noch Gelder aus 2012 bereit. Wir sind gespannt darauf, ob und wann diese Gelder freigegeben und eingesetzt werden.

Sehr ärgerlich ist für uns Grüne auch, dass ausgerechnet bei der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude gespart werden soll. Hier sind mehrere bereits fest eingeplante Maßnahmen auf spätere Jahre verschoben worden. Dies ist sehr kurzsichtig gedacht, denn energetische Sanierungen sind mit Blick auf den Klimaschutz und auf auch die Energiekosten ein Gebot der Stunde und nicht der fernen Zukunft. Wir fordern eine konsequente Reduzierung des Energieverbrauchs in den städtischen Gebäuden über umfassende Sanierungspläne mit festen Zielvorgaben und Zeitfenstern.

Erforderlich ist auch ein besseres Energiemanagement. Es geht nicht an, dass Toilettenspülungen in Schulen rund um die Uhr durchlaufen oder das Licht in Sporthallen samstagnachts brennt, ohne dass sich jemand darum kümmert. Hier wird Geld ohne Not verschwendet.

Die Grünen haben mehrmals beantragt, bei der Stromversorgung der städtischen Liegenschaften endlich auf regenerative Energien umzusteigen. Doch selbst eine kostenneutral mögliche und von der EWV angebotene komplette Umstellung auf Ökostrom aus Altanlagen, sprich aus bestehenden Wasserkraftwerken, wird von der hiesigen SPD und anderen Parteien kategorisch abgelehnt. Zahlreiche andere Kommunen haben diesen Schritt längst vollzogen. Doch in Eschweiler ist die Energiewende offenbar noch nicht angekommen. Die heißen Dampfvolken aus den geliebten Weisweiler Kühltürmen vernebeln der Ratsmehrheit nach wie vor den Blick auf die aktuellen klimapolitischen Herausforderungen.

Eine Karikatur in der Frankfurter Rundschau: Ein Paar vor dem Fernsehen: „Die globale Klimaerwärmung kann uns egal sein, wir wohnen nicht in Pakistan und haben auch keine Kinder.“ Global denken, lokal handeln. Die gescheiterten Verhandlungen in Doha zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und damit der Begrenzung der globalen Klimaerwärmung zeigen, dass sich weltweit nur etwas ändern wird, wenn die entwickelten Industrienationen selber vorleben, dass Wohlstand nicht nur bei hohem CO₂-Ausstoß möglich ist. Hier sind auch die Chancen für eine Exportnation!

Um den Individualverkehr und damit den Verbrauch von fossilen Brennstoffen zu reduzieren, muss der ÖPNV attraktiver werden. Die Grünen haben die Einstellung von Mitteln für Buswartehäuschen beantragt. Dies wurde mit Hinweis darauf abgelehnt, dass Landeszuschüsse, wenn überhaupt, erst 2017 fließen werden. So lange wollen wir Grüne nicht warten. Wir werden hier Anträge für einzelne Bushaltestellen stellen, z. B. für das neue Altenzentrum am Florianweg. Nutzerinnen und Nutzen von Bussen dort und anderswo dürfen nicht bis 2017 im Regen stehen gelassen werden.

Umweltschutz scheint in Eschweiler grundsätzlich keinen hohen Stellenwert zu haben. Eine Bojenkette auf dem Blausteinsee soll fortan ein Drittel der Seefläche schützen, damit sich die Tier- und Pflanzenwelt dort ungestört entwickeln kann. Dies ist seit 20 Jahren planungsrechtlich so vorgesehen und soll über den neuen Landschaftsplan der Städteregion nun endlich auch in die Tat umgesetzt werden. Dabei wurde eine Kompromisslösung entwickelt, die es den Wassersportlern ermöglicht, in den Sommermonaten zusätzliche Seeflächen zu nutzen. Und was macht der Eschweiler Bürgermeister? Er ruft die Politiker in der Stadt und der Region in einem Brief dazu auf, einfach alles so zu lassen wie es jetzt ist. Damit setzt er sich über die Empfehlungen und Forderungen sämtlicher Fachbehörden bis hinauf zum Landesumweltamt hinweg. Und er behauptet auch noch, dass weniger Naturschutz am Blausteinsee nicht nur im Interesse aller Eschweiler Bürger liege, sondern sogar im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger in der gesamten Städteregion. Woher hat Herr Bürgermeister Bertram dieses Mandat? Für uns, den Naturschutzbund Nabu und viele andere spricht er jedenfalls nicht. Gut, dass die grün-schwarze Mehrheit im Städteregionstag diesem peinlichen Brief keine Beachtung geschenkt hat.

Ein bereits Anfang 2012 angekündigtes Wassergutachten für den Blausteinsee liegt unserer Fraktion trotz mehrfacher Anforderung bei der Verwaltung immer nicht vor. Sollte dieses Gutachten etwa nicht so ausgefallen sein wie gewünscht? Werden unangenehme Wahrheiten unter der Decke gehalten? Ungefähr ab 2032 und möglicherweise schon früher wird RWE kein Tagebauwasser mehr liefern können. Woher soll der Wassernachschub für den See in Zukunft kommen, wie viele Jahrzehnte muss noch gepumpt werden, wer zahlt das alles? Ist die Idee, die Inde oder die Rur für den Blausteinsee anzuzapfen, überhaupt umsetzbar? Würde die Wasserqualität dann noch zum Baden ausreichen? Weshalb hat sich die ursprünglich kalkulierte Pumpdauer erst um Jahre und inzwischen um mehrere Jahrzehnte bis angeblich 2050 verlängert? Fragen über Fragen, die geklärt zügig werden sollten – am besten, bevor die Blausteinsee GmbH ihre mit heißer Nadel gestrickten Baupläne für ein Seerestaurant mit Millionenaufwand in die Tat umsetzt.

Uns ist kein Zeitplan zur Instandsetzung von Straßen und öffentlichen Gebäuden, z. B. Schulen bekannt. Es fehlt eine politische Diskussion darüber, was wann wie getan werden muss, um die städtische Infrastruktur dauerhaft in Schuss zu halten. Vielleicht sind solche Pläne ja vorhanden und der SPD auch bekannt, dem Rest des Rates sind sie es nicht.

Dabei ist offensichtlich, dass mehr Mittel für die Straßeninstandsetzung auch schon 2013 bereitgestellt werden müssten. 370.000 Euro reichen einfach nicht aus. Unser Antrag auf Erhöhung des Ansatzes wurde abgelehnt. Für die unnötige Sanierung des Marktplatzes ist jedoch Geld da! Unser Antrag, den Marktplatz baulich so zu lassen, wie er jetzt ist, wurde abgelehnt – unter anderem mit dem Verweis darauf, dass die geplante Umgestaltung vom Land bezuschusst werde. Doch auch Gelder des Landes sind Steuergelder und werden damit von uns allen gezahlt. Es würde aus grüner Sicht reichen, den Marktplatz zeitweise für den Verkehr zu sperren und Bäume nur dann nach und nach auszutauschen, wenn sie krank sind und deshalb umzustürzen drohen.

Bei den Haushaltsberatungen fiel es auf, dass Änderungsanträge der SPD nie auf einen Finanzierungsvorbehalt der Verwaltung stoßen. Das läuft ungefähr so: Ihr wollt zusätzlich 5.000 € für die Städtepartnerschaften ausgeben? Kein Problem, sagt der Kämmerer, das bauen wir in den Haushalt ein. Alle Vorschläge der Opposition hingegen schmettert die Verwaltung mit der Begründung ab, es sei kein Geld da: Ihr wollt zusätzlich 8.000 € für die Jugendarbeit in St. Peter und Paul? Nein, nein, nein, das wäre eine zusätzliche freiwillige Ausgabe, der wir beim besten Willen nicht zustimmen können. Die SPD folgt dem dann regelmäßig.

Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und der SPD erscheint insgesamt sehr intensiv zu sein. Viele leitende Mitarbeiter der Verwaltung sind SPD-Mitglieder und nehmen anscheinend regelmäßig an der Fraktionssitzungen der SPD teil. Entscheidungen in den Ausschüssen und im Rat werden im stillen Kämmerlein gemeinsam vorbereitet.

Die SPD-Mehrheit ist offenbar fest entschlossen, die Sache in all ihrer Machtvollkommenheit alleine durchzuziehen. Anregungen der Opposition werden schon aus Prinzip grundsätzlich ohne große Diskussion abgelehnt, selbst, wenn es nur um wenige Tausend Euro geht. Eine Bereitschaft, die anderen Fraktionen in einer äußerst schwierigen finanziellen Situation mit ins Boot zu holen, ist bei der SPD nicht erkennbar. So zu verfahren, ist fraglos das Recht der Mehrheit, auch wenn sich diese Mehrheit nur dank der Bürgermeisterstimme ergibt. Allerdings darf diese Mehrheit im Gegenzug dann auch nicht auf ein Entgegenkommen der anderen Ratskolleginnen und -kollegen hoffen.

Wie gesagt: Ein Grüner Haushalt sähe anders aus als der vorliegende Haushalt der Verwaltung und der SPD. Auch unter dem Spardiktat eines Haushaltssicherungskonzeptes wären andere, bessere Schwerpunkte in der Eschweiler Politik möglich. Wir lehnen den von der Verwaltung eingebrachten und von der SPD leicht veränderten Haushalt 2013 deshalb ab.